

KfW-Kommunalpanel 2017 – Kurzfassung

Entspannung aber keine Entwarnung

Das KfW-Kommunalpanel 2017¹ verzeichnet eine leichte Entspannung beim Investitionsrückstand der Kommunen; die Investitionstätigkeit legt zu. Die finanziellen Rahmenbedingungen und die Finanzierungsmöglichkeiten sind für die meisten Kommunen gegenwärtig gut. Auch struktur- und finanzschwache Kommunen können mehr investieren. Trotzdem bleiben die regionalen Disparitäten problematisch. Die investiven Fortschritte beruhen in hohem Maß auf Entlastungen und Investitionsfördermaßnahmen des Bundes und der Länder sowie der günstigen gesamtwirtschaftlichen Lage. Damit steht und fällt die Investitionsfähigkeit der Kommunen mit Einflussfaktoren, die von den Städten, Gemeinden und Landkreisen selbst nicht beeinflusst werden können. An einer grundlegenden Stärkung der kommunalen Investitionsfähigkeit müssen alle föderalen Ebenen weiter arbeiten. Der nachhaltige und dauerhafte Abbau des Investitionsstaus benötigt Planungssicherheit und wird deshalb noch viel Zeit und einiges an Mühen erfordern, auch wenn die ersten Schritte in die richtige Richtung getan wurden.

Wahrgenommener Investitionsrückstand sinkt

Das KfW-Kommunalpanel 2017 zeigt einen Rückgang des wahrgenommenen Investitionsrückstandes der Kommunen auf 126 Mrd. EUR. In der Hochrechnung für die Städte, Gemeinden und Landkreise liegt der von den befragten Kämmerern angegebene Investitionsrückstand damit unter dem Wert des Vorjahres (2016: 136 Mrd. EUR). Diese Entwicklung deckt sich mit der Finanzstatistik: So verzeichneten die Kommunen 2016 einen positiven Finanzierungssaldo von 5,4 Mrd. EUR und eine Steigerung der Investitionsausgaben auf 25,8 Mrd. EUR. Die Gründe dafür dürften vorrangig in hohen Steuermehreinnahmen sowie den finanziellen Entlastungen und Investitionsförderprogrammen von Bund und Ländern liegen. Auch niedrige Zinsen entlasten die Haushalte, sodass viele Kommunen mehr investieren können.

Größte "Baustellen" bleiben Straßen und Schulen

Nach wie vor bestehen die höchsten Bedarfe für Unterhalt, Ausbau- und Ersatzinvestitionen in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur (34,4 Mrd. EUR) sowie Schulen inkl. Erwachsenenbildung (32,8 Mrd. EUR). Mit einigem Abstand folgen die öffentlichen Verwaltungsgebäude (11,3 Mrd. EUR) sowie die Sportstätten und Bäder (9,7 Mrd. EUR).

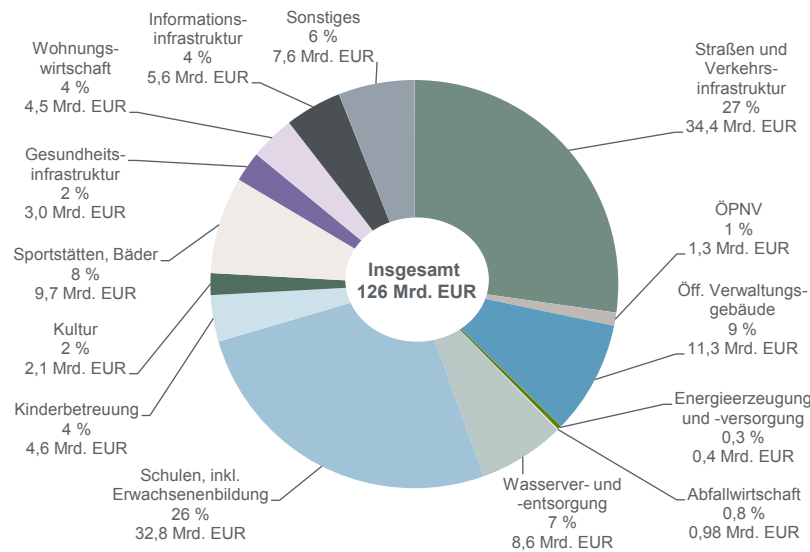
Die absoluten Investitionsrückstände fallen in anderen kommunalen Aufgabenbereichen deutlich geringer aus, zeigen jedoch teilweise große prozentuale Steigerungen. Insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnungswirtschaft und IT-Infrastruktur nehmen die wahrgenommenen Investitionsbedarfe zu. Hierin drücken sich auch aktuelle Herausforderungen aus, vor denen viele Kommunen stehen: Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung oder die Anpassung an eine alternde Gesellschaft, aber auch die "Wachstumsschmerzen" der Städte, die weiterhin einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen.

Erwartungen verhalten optimistisch

Mit Blick auf einzelne Investitionsbereiche deutet sich eine Entspannung bei Schulen und Kitas an, wo deutlich mehr Kämmerer in den nächsten fünf Jahren einen Rückgang statt eine Zunahme des Investitionsstaus erwarten. Für Straßen gilt dies jedoch nicht, hier sieht mehr als ein Drittel einen wachsenden Investitionsrückstand. Insgesamt gehen immerhin 35 % der befragten Kommunen von einem weiter sinkenden Investitionsrückstand aus. Deutlich weniger, aber immer noch 20 %, erwarten hingegen einen weiteren Anstieg. Dies ist auch Ausdruck der regionalen Disparitäten: Kommunen, die in den letzten Jahren gravierende Investitionsrückstände beklagt haben, sind weniger optimistisch, dass der Investitionsrückstand abgebaut werden kann. Dies kann als Indiz gedeutet werden, dass unterlassene Investitionen und Instandhaltungen langfristig zu hohen Folgekosten führen können, weil es immer schwieriger wird, die anfallenden Schäden an der Infrastruktur zu beheben.

¹ Vgl. Scheller, H. et al. (2017): KfW-Kommunalpanel 2017, Hrsg. KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main.

Grafik: Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2017, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2016.

Kommunale Investitionsplanungen legen zu

In der Summe planten die befragten Kommunen eine Steigerung ihrer Investitionen um rund 15 %. Vor diesem Hintergrund kann ein weiterer Abbau des Investitionsstaus erwartet werden. Die tatsächlichen Investitionsausgaben lagen in der Vergangenheit jedoch stets unter den Planungen. Grund dafür dürften auch begrenzte Kapazitäten der Verwaltung und Bauwirtschaft sowie lange Planungsprozesse sein. In den Investitionsplanungen drücken sich ebenfalls regionale Disparitäten aus: Kommunen ohne Haushaltsausgleich investieren rund ein Viertel weniger. Im Vergleich zu früheren Jahren können finanzschwächere Kommunen damit zwar etwas mehr investieren, bei den bestehenden Unterschieden werden sich die regionalen Disparitäten aber nicht verringern.

Investitionsfinanzierung ist auskömmlich

Zur Finanzierung ihrer Investitionen greifen die Kommunen vor allem auf allgemeine Deckungsmittel (40 %) sowie Kommunalkredite (25 %) zurück. Zweckgebundene Investitionszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich sowie bei Bund, Ländern und EU zu beantragende Fördermittel machen immerhin jeweils fast ein Fünftel aus. Alternative Finanzierungsinstrumente spielen für die allermeisten Kommunen bislang keine bedeutende Rolle. Die Kämmerer erwarten künftig einen eher geringeren Finanzierungsanteil der allgemeinen Deckungsmittel, während die Bedeutung von Fördermitteln und Kommunalkrediten zunimmt.

Kreditkonditionen für die meisten Kommunen gut

Gerade die Kreditfinanzierung ist durch die Niedrigzinsphase zurzeit besonders günstig. Bei allen Laufzeiten haben signifikant mehr befragte Kämmerer eine Verbesserung als eine Verschlechterung ihrer Kreditaufnahmebedingungen wahrgenommen. Mit steigendem Kreditvolumen fragen die Kommunen mehr Kreditangebote an. Rund 60 % der Kämmerer geben an, dass sich die Anzahl der erhaltenen Kreditangebote in den letzten fünf Jahren nicht verändert hat. Dies gilt auch mit Blick auf die für die Investitionsfinanzierung besonders wichtigen großvolumigen und lang laufenden Kredite. Jedoch gibt es rund ein Drittel der Kommunen, darunter viele hochverschuldete Städte, die einen Rückgang der Kreditangebote wahrnehmen.

Sonderthema Finanzierungsmanagement

Die Entwicklungen am kommunalen Kreditmarkt haben verschiedene Ursachen sowohl aufseiten der Kommunen wie der Banken. Das diesjährige Sonderthema widmet sich dem kommunalen Finanzierungsmanagement und betrachtet die Möglichkeiten der Kommunen, auf Veränderungen am Markt reagieren zu können. Der Fokus der kommunalen Kreditsteuerung liegt dabei auf der Optimierung der Laufzeiten und Zinsbindung (59 %) und der Anpassung an das aktuelle Zinsniveau (42 %).

Zur Verbesserung des Kreditmanagements wünschen sich die Kommunen einfache und verständliche Bankprodukte (72 %) sowie eine stärkere Einbindung in die Liquiditäts- und Finanzbedarfsplanung (70 %). Auch die Weiterbildung des Personals in der Kämmerei wird von 58 % als sinnvoll angesehen. ■

Zum KfW-Kommunalpanel

Das KfW-Kommunalpanel beruht auf einer jährlich repräsentativen Befragung der Kämmereien in Städten und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie allen Landkreisen. Die Hochrechnung basiert auf einer nach Einwohnergrößenklassen geschichteten Stichprobe. Die Umfrage wird im Auftrag der KfW vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt und von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. In einem Panelbeirat wirken auch Vertreter aus Kommunen sowie Kommunalwissenschaftler mit.

Das vollständige KfW-Kommunalpanel finden Sie im Internet unter www.kfw.de/kommunalpanel.

Teilnahmemöglichkeit für Ihre Kommune

Um belastbare und tiefer gehend auswertbare Ergebnisse zu erhalten, ist die Teilnahme möglichst vieler Kommunen notwendig. Die Befragung für das KfW-Kommunalpanel 2018 findet voraussichtlich im Zeitraum von August bis September 2017 statt. Wurde die Kämmerei in Ihrer Kommune nicht direkt angeschrieben, kann der Fragebogen während des Befragungszeitraums auch auf der Internetseite des Difu heruntergeladen und ausgefüllt werden (www.difu.de). Alle Angaben sind freiwillig, verbleiben beim Difu und werden nur anonymisiert ausgewertet sowie nicht an Dritte weitergegeben.